



Inhalt

[Lehrkräfte Sachsen: Russ fordert ernsthafte Tarifverhandlungen statt „Regierungs-Show“+++](#)

[Dauderstädt kritisiert mangelnde Kooperation: „Wasser- und Schifffahrtsverwaltung darf kein politischer Spielball sein“+++](#)

[Diskussion um Länderfinanzausgleich - dbb-Chef:](#)

[Föderalismusreform gescheitert+++](#)

[Kritik an Kultusministerkonferenz: „Blackbox“ Lehrkräftebedarf+++](#)

[Dauderstädt zum Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes:](#)

[Öffentlicher Dienst bereit für Veränderungen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW fordert Landtagsopposition zur Klage vor](#)

[Verfassungsgericht NRW auf+++](#)

[BBB ist gegen Sonderwege von Kommunen bei](#)

[Beamtenausbildung+++](#)

[Eins-zu-eins-Übernahme verweigert – dbb brandenburg](#)

[setzt Gespräche aus+++](#)

[dbb berlin kritisiert: Beamtinnen und Beamte bleiben](#)

[„Sparschweine des Senats“+++](#)

[dbb mecklenburg-vorpommern will Nachbesserungen bei](#)

[geplanter Besoldungsanpassung+++](#)

[LKW-Schütze gefasst – DPoIG würdigt länderübergreifende Zusammenarbeit der](#)

[Polizei+++](#)

[Skandalöse Zustände in Schlachthöfen: Mehr Kompetenzen für den Zoll](#)

[gefordert+++](#)

[VBE-Warnung: Schuldenbremse schlägt durch auf Schulen+++](#)

[Philologenverband kritisiert „Ferientrickserie“+++](#)

[BDF will mehr Sicherheit im Wald+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell



Lehrkräfte Sachsen: Russ fordert ernsthafte Tarifverhandlungen statt „Regierungs-Show“

(dbb) Willi Russ, Verhandlungsführer des dbb für die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen, fordert die Staatsregierung zur umgehenden Aufnahme von Tarifverhandlungen zur Demografiesicherung für die rund 32.000 Lehrkräfte auf. Anderenfalls drohten Streiks.

„Das Maß ist voll“, unterstrich Russ, Fachvorstand Tarif und Zweiter Vorsitzender des dbb, am 26. Juni 2013 in Dresden. „Wenn die sächsische Landesregierung im kommenden Schuljahr streikfrei haben will, muss sie jetzt ihre Hausaufgaben machen – also in ernsthafte Tarifverhandlungen eintreten, in denen wir uns auf faire Bezahlungsregelungen und ein nachhaltiges Lehrkräftegewinnungskonzept einigen. Sachsens Schulen brauchen keine ‚Regierungs-Show‘, sondern Lösungen“, so Russ.

Der dbb-Verhandlungsführer erneuerte seine Kritik am Vorgehen des Staatsministers der Finanzen, Georg Unland, beim letzten Spitzengespräch zwischen Gewerkschaften und Landesregierung in Sachen Lehrer am 11. Juni 2014 in Dresden. Dort hatte Unland den Gewerkschaften ein erstes „Angebot“ diktiert und zeitgleich den Medien präsentiert – ein Eklat.

„Weder ein Schreiben des Ministers vom 14. Juni 2013 an die Gewerkschaften noch die Erläuterungen der Staatsregierung im Landtag waren geeignet, diese seltsame Interpretation der Tarifpartnerschaft aufzuklären“, konstatierte Russ. „Das Verhalten von Herrn Unland irritiert umso mehr, weil er zugleich Vize der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist und als solcher eigentlich wissen müsste, was sich gehört.“ Vor diesem Hintergrund erwarte man seitens der Landesregierung nun „deutlich engagiertere Bemühungen, das zerstörte Vertrauen wieder herzustellen. Erste Schritte wären ein zügiger Verhandlungsbeginn und ein konkretes Angebot zur Gestaltung des Generationenwechsels an den Schulen im Freistaat als Gesprächsbasis“, machte der dbb-Verhandlungsführer klar.
(01/24/13)

Dauderstädt kritisiert mangelnde Kooperation: „Wasser- und Schifffahrtsverwaltung darf kein politischer Spielball sein“

(dbb) „Eine funktionierende Infrastruktur ist die Grundlage für die deutsche Wirtschaft, das gilt auch und besonders für die Schifffahrtsstraßen. Umso erstaunlicher ist das politische Vorgehen, deren Verwaltung umzuorganisieren, ohne das Parlament und den Sachverstand der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften planvoll mit einzubeziehen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt auf dem Bundesvertretertag des Fachverbandes Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (FWSV) am 25. Juni 2013 in Berlin. „So geht es nicht, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung darf kein politischer Spielball sein.“

„Die Politik trifft ihre Entscheidungen an den Beschäftigten vorbei. Statt eines geordneten Verfahrens mit Beteiligung der Beschäftigten werden per Schnellschuss einfach Fakten geschaffen“, so Dauderstädt. Die Konsequenzen der Umstrukturierung seien heute noch unabsehbar, sowohl für die Funktionsfähigkeit der neuen Verwaltungsstruktur als auch für Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. „Der Be-

deutung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung für den Schutz von Menschen und Umwelt sowie für die Volkswirtschaft wird man so nicht gerecht. Wir erwarten klare Regelungen zur sozialverträglichen Begleitung dieser Reform durch den Gesetzgeber für Beamte und durch die Tarifparteien für Arbeitnehmer.“
(02/25/13)

Diskussion um Länderfinanzausgleich - dbb-Chef: Föderalismusreform gescheitert

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat am 20. Juni 2013 in Berlin anlässlich der Diskussion um den Länderfinanzausgleich erneut darauf verwiesen, dass die Föderalismusreformen in wichtigen Teilen gescheitert sind. „Die Debatte um den Finanzausgleich muss geführt werden, aber sie greift noch zu kurz“, sagte der dbb Chef zur vom ehemaligen Finanzministers Hans Eichel vorgeschlagenen Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

„Wer über einheitliche Lebensverhältnisse und Ausstattungsstandards mit öffentlichen Einrichtungen spricht, muss auch über Personalausstattung im öffentlichen Dienst sprechen - denn ohne qualifizierte Leute können Sicherheit, Gesundheit und Bildung nicht auf gleich hohem Niveau gewährleistet werden“, so Dauderstädt. „Weil die Bundesländer wegen der unterschiedlichen Bezahlung ihrer Beschäftigten zunehmend stark auseinanderdriften, gerät das Niveau öffentlicher Dienstleistungen schon heute gefährlich ins Wanken. Vor diesem Hintergrund muss man klar sagen: Die Föderalismusreform ist insoweit gescheitert. Seit die Länder die Hoheit über die Besoldung und Versorgung ihrer Beamten haben, wird die Situation immer schlimmer. Verdienstunterschiede von mehreren hundert Euro je nach

Bundesland bei vergleichbaren Tätigkeiten sind keine Seltenheit.“

Dieses Problem werde sich über eine Neuordnung der Finanzströme nur bedingt lösen lassen. Dauderstädt dazu: „Wettbewerbsföderalismus als ein Wettbewerb der Ideen kann hilfreich sein. Mindeststandards, die wir als Gesellschaft gemeinsam definieren müssen, dürfen aber nicht untergraben werden. Deshalb brauchen wir ein klares Bekenntnis der Bundesländer, zu bundesweit einheitlichen Entgeltstrukturen im öffentlichen Dienst zurückzukehren. Andernfalls wird die von Hans Eichel zu recht angemahnte Öffnung der Schere zwischen starken und schwachen Regionen sich weiter beschleunigen.“
(03/25/13)

Kritik an Kultusministerkonferenz: „Blackbox“ Lehrkräftebedarf

(dbb) Scharfe Kritik übt der dbb am Vorgehen der Kultusministerkonferenz (KMK) bei der Ermittlung des Lehrkräftebedarfs. Anlässlich der Vorstellung der Modellrechnung zum Lehrereinstellungsbedarf und -angebot durch die Kultusministerkonferenz am 21. Juni 2013 sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann: „Als vor zwei Jahren die erste Modellrechnung vorgelegt wurde, hatten der dbb und seine Lehrerverbände bereits die fehlende Transparenz in dem Zahlenwerk moniert. Dem hat die KMK nun auch bei ihrer zweiten Modellrechnung nicht abgeholfen. Das ist umso ärgerlicher, als wir uns im vergangenen Jahr mit der KMK auf Offenlegung der zugrundeliegenden Daten aus den einzelnen Ländern geeinigt hatten“, so Hollmann. „Solange wir nicht einsehen können, wie die Situation in den einzelnen Ländern ist, bleibt die Prognose eine reine ‚Blackbox‘.“

Der dbb hatte im Vorfeld der Veröffentlichung die einzelnen Länder gebeten, die jeweiligen Daten offenzulegen. Dabei sollten auch Angaben zu politischen und haushalterischen Setzungen getroffen werden. „Themen wie Ganztagsbetreuung, inklusiver Unterricht und die Integration von zugewanderten Kindern haben direkte Auswirkungen auf den Lehrkräftebedarf“, erläuterte Volker Stich, Gymnasiallehrer aus Baden-Württemberg und wie Hollmann stellvertretender dbb Bundesvorsitzender. „Uns ist völlig unverständlich, warum die Länder

und die KMK die jeweiligen Annahmen nicht publik machen“, kritisiert Stich. Nur mit Transparenz ließen sich einerseits die Studienanfänger zielführend beraten und andererseits der Diskurs um bildungspolitische Schwerpunkte führen. „Der dbb und seine Lehrerverbände wollen diesen Diskurs, die Länder und ihre Kultusministerkonferenz augenscheinlich nicht“, stellte Stich fest.

Das wenige, was sich nach einer ersten dbb-Auswertung aus der KMK-Prognose herausle-

sen lässt, ist, dass es in den alten Bundesländern insbesondere an den Gymnasien ein Überangebot an Lehrkräften geben wird, während im Osten in fast allen Lehrämtern Lehrkräfte fehlen. Studienanfängern kann nur geraten werden, sich im jeweiligen Land Lehramt und Fächerkombinationen genau anzusehen.

Die Modellrechnung der KMK zum Lehrereinstellungsbedarf auf der dbb-Website unter: http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2013/130621_kmk_bericht.pdf (04/25/13)

Dauderstädt zum Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes: Öffentlicher Dienst bereit für Veränderungen

(dbb) „Angesichts der globalen Herausforderungen, mit denen sich unsere Gesellschaft konfrontiert sieht, müssen sich selbstverständlich auch staatliche Strukturen wandeln. Der öffentliche Dienst ist bereit für Veränderungen.“ Das sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt mit Blick auf den Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2013 in Berlin.

„Wichtig ist aber, bei allen notwendigen Reformen die Beschäftigten mitzunehmen und funktionierende Strukturen nicht aus purem Aktionismus zu zerschlagen“, so Dauderstädt weiter. Soziale, ökonomische und ökologische Probleme könne heute kein Staat ganz alleine schultern. Umso wichtiger sei die internationale Kooperation auf allen staatlichen Ebenen und damit in allen Teilen des öffentlichen Dienstes. „Dabei ist nicht nur die Politik in der Pflicht, sondern auch die Beschäftigten und damit der dbb als deren Interessenvertretung. Wir leben das bereits heute, beispielsweise mit unserem Engagement in der CESI auf europäischer Ebene“, sagte Dauderstädt.

In Zukunft werde die zwischenstaatliche Zusammenarbeit eine immer größere Rolle spielen. Arbeitgeber und Beschäftigte müssten diesen Weg gemeinsam gehen. „Für die Beschäftigten kann ich sagen: Wir werden uns dem Wandel nicht verschließen“, so der dbb Chef. „Im Gegenteil: Der öffentliche Dienst in Deutschland kann und will international Vorbild sein. Dieses starke Fundament müssen wir erhalten und dürfen es nicht in blindem Reformeifer aufgeben. Dafür wird der dbb als kritischer Begleiter der Politik sorgen.“ (05/25/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW fordert Landtagsopposition zur Klage vor Verfassungsgericht NRW auf

(dbb) Der DBB NRW hat am 25. Juni 2013 gemeinsam mit dem Richterbund NRW und der Verwaltungsrichtervereinigung NRW die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten im Düsseldorfer Landtag aufgefordert, die Verfassungswidrigkeit des noch als Entwurf vorliegenden Besoldungsanpassungsgesetzes vor dem Verfassungsgerichtshof NRW geltend zu machen.

In den Schreiben an die drei Fraktionsvorsitzenden wird darauf verwiesen, dass sich die Sachverständigen in der öffentlichen Anhörung zum Besoldungsanpassungsgesetz am 18. Juni in ihrer Ablehnung des Entwurfs einig waren. Nur der Bund der Steuerzahler hatte die vorgesehenen Einsparungen begrüßt. Die Verfassungsrechtler Prof. Ulrich Battis und Prof. Kyrill

Schwarz waren zu der Einschätzung gelangt, der Entwurf sei verfassungswidrig.

Zudem forderte der DBB NRW die Beamtinnen und Beamten auf, auch die vom Kreisverband Köln gestartete Online-Petition gegen die Besoldungspolitik der NRW-Landesregierung zu unterstützen. 50.000 Unterschriften seien be-

reits erreicht. Meinolf Guntermann, Landesvorsitzender des DBB NRW, sagte, dies sei eine Möglichkeit neben anderen, eher traditionellen Protestaktionen, der Landesregierung zu signalisieren: „Nicht mit uns!“ Der DBB Stadtverband Düsseldorf hatte am 24. Juni mit lautstarkem Protest den Festakt der SPD Düsseldorf unter dem Motto „150 Jahre für mehr

Gerechtigkeit“ gestört. Rund 200 Kolleginnen und Kollegen machten deutlich, dass sie vor dem Hintergrund der Besoldungsrunde 2013/2014 das Motto des Festakts als einen Schlag ins Gesicht der Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst Nordrhein-Westfalens verstehen.
(06/25/13)

BBB ist gegen Sonderwege von Kommunen bei Beamtenausbildung

(dbb) Der Bayerische Beamtenbund (BBB) lehnt Sonderwege einzelner Kommunen bei der Ausbildung von Beamten ab. Das machte der BBB-Vorsitzende Rolf Habermann klar und reagierte damit auf Aussagen des Münchner Personalreferenten Thomas Böhle.

Böhle hatte mitgeteilt, angehende Beamte der Stadt München nicht mehr an der Beamtenfachhochschule in Hof ausbilden zu wollen. Die stieß beim BBB auf völliges Unverständnis. „Wir sind entsetzt über dieses Vorhaben,“ sagte Habermann am 20. Juni 2013. „Die Absicht, in München künftig eine eigene Ausbildung anzubieten, ist in keiner Weise nachvollziehbar.“

Ein solches Vorhaben stünde allen strukturpolitischen Grundsatzlinien entgegen und würde eine Schwächung des ländlichen Raumes bedeuten, so Habermann weiter. „Gerade unter der Geltung des neuen Dienstrechts, das seinen Weg in der Praxis finden muss, können wir

solche Einzelgänge nicht brauchen.“ Die Landeshauptstadt täte gut daran, sich von solchen Äußerungen schnellstmöglich wieder zu distanzieren.

Seit 1975 wird die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten der Allgemeinen Inneren Verwaltung von Staat und Kommunen an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege, Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung in Hof durchgeführt. Studium und Qualität der Ausbildung in Hof genießen laut BBB „seit drei Jahrzehnten hohes Ansehen und sind das Rückgrat der staatlichen und kommunalen Verwaltung in Bayern“.
(07/25/13)

Eins-zu-eins-Übernahme verweigert – dbb brandenburg setzt Gespräche aus

(dbb) Die brandenburgische Landesregierung, vertreten durch Innenminister Dietmar Woidke, Finanzminister Helmuth Markov und Bildungsministerin Martina Münch, hat bei einem Gespräch mit dem dbb brandenburg am 21. Juni 2013 zur Übernahme des Tarifabschlusses 2013 eine inhaltsgleiche Eins-zu-eins-Übernahme für den Beamtenbereich verweigert.

Das Angebot der Landesregierung Brandenburg sei schlechter als in den meisten anderen Bundesländern, stellte der dbb Landesbund anschließend fest. Das bedeute, dass Brandenburg seinen vorletzten Platz im Ranking der Länder weiter festige.

Der Landesvorsitzende des dbb brandenburg, Ralf Roggenbuck, sagte: „Die Landesleitung des dbb brandenburg konnte diesem Vorschlag nicht zustimmen. Die Landesregierung lässt mit der Ersparnis der zeitversetzten Zahlung jeweils ab dem 1. Juli und dem Abschlag von 0,95 Prozent ab 2014 von allen Beamtinnen

und Beamten des Landes Brandenburg die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes von 21 Euro im Monat sowie Maßnahmen zum altersgerechten Arbeiten, Vergünstigungen für Lehrkräfte und Entlastungen für Beamten des mittleren Dienstes in den Vollzugslaufbahnen bezahlen.“ Alle diese Angebote beträfen aber Aufgaben, die dem Land für seine Beschäftigten im öffentlichen Dienst unabhängig von dem Tarifabschluss obliegen, stellte Roggenbuck fest. Er kündigte an, dass die Mitglieder des dbb brandenburg auf einer außerordentlichen Hauptvorstandssitzung Anfang August 2013 über mögliche Konsequenzen eines end-

gültigen Abbruchs der Gespräche beraten werden.

Im Einzelnen hatte die Landesregierung eine Erhöhung von 2,65 Prozent ab 1. Juli 2013 und von 2,0 Prozent ab dem 1. Juli 2014 vorgeschlagen. Das bedeutet für das Jahr 2014 einen weiteren Rückschritt von 0,95 Prozent gegenüber dem Tarifabschluss der Angestellten. Im Gegenzug sind eine jährliche Sonder-

zahlung von 250 Euro ab Dezember 2013, eine Altersteilzeitregelung für Tarifbeschäftigte, eine Stundenreduzierung für Lehrkräfte an Grund- und Oberschulen ab dem Schuljahr 2014/2015 und eine Entlastung lang gedienter Beamter des mittleren Dienstes in den Vollzugslaufbahnen ab dem 1. Januar 2015 vorgesehen.

(08/25/13)

dbb berlin kritisiert: Beamtinnen und Beamte bleiben „Sparschweine des Senats“

(dbb) Die Abgeordneten des Landes Berlin haben für sich selbst einen Diätenautomatismus beschlossen, während die Beamtinnen und Beamten weiter auf eine angemessene Angleichung ihrer Gehälter warten müssen. Das ist beim dbb berlin auf scharfe Kritik gestoßen.

Der dbb-Landesbund sprach von einer „langjährigen Missachtung der guten Arbeit“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: „Die Kolleginnen und Kollegen haben es satt, dass sie jederzeit zu Mehrarbeit und Überstunden herangezogen werden und der Senat - mit dem Regierenden Bürgermeister an der Spitze - nichts, aber auch gar nichts dafür tut, dass in Berlin endlich wieder Bezahlungsgerechtigkeit und Wertschätzung einkehren. Ich fordere den Senat - aber auch die Regierungskoalition im Abgeordnetenhaus - auf, sich endlich wieder für eine gerechte Bezahlung der Beamtinnen und Beamten einzusetzen, damit bis 2017 die Besoldung in Berlin an das Durchschnittsniveau der anderen Bundesländer angeglichen ist, so wie für die Tarifbeschäftigten bereits vereinbart“, sagte Frank Becker, Landesvorsitzender

des dbb berlin, vor der Senatssitzung am 25. Juni 2013.

Die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin hätten bereits mehrere Milliarden Euro in den vergangenen Jahren eingespart und hinkten ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern weiter „in zweistelligem Prozentbereich“ hinterher. „Und nun sollen sie mit 2,5 Prozent mehr in 2014 und 2015 abgespeist werden“, so Becker. Dies habe mit Wertschätzung der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen bei Polizei, Feuerwehr, Justiz, in der allgemeinen Verwaltung und in Schulen, die zudem unter immer schlechter werdenden Rahmenbedingungen geleistet werde, nichts zu tun. Senat und Abgeordnetenhaus müssten endlich handeln, so Becker.

(09/25/13)

dbb mecklenburg-vorpommern will Nachbesserungen bei geplanter Besoldungsanpassung

(dbb) Die Dienstrechtskommission des dbb mecklenburg-vorpommern hat am 10. Juni 2013 die Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs-, Beamtenversorgungs- und Amtsbezügen für die Jahre 2013, 2014 und 2015 abschließend beraten.

Der dbb m-v verurteilt die geplante Abkoppelung der Besoldung von der allgemeinen Einkommensentwicklung, hieß es anschließend. Darüber hinaus kritisiert der dbb-Landesbund den im Jahr 2015 vorgesehenen Besoldungsschritt, der auf zwei Prozent festgesetzt wird,

ohne die dazugehörige üblicherweise vorgeschaltete Tarifrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder abzuwarten.

Der dbb m-v hat mit Schreiben vom 20. Juni den Ministerpräsidenten Erwin Sellering und den Innenminister Lorenz Caffier an ihre Aus-

sagen aus dem Jahr 2012 erinnert - wonach einer Eins-zu-eins-Übertragung nichts im Wege

stünde - und Unterstützung bei Nachbesserungen am Gesetzentwurf gefordert.
(10/25/13)

LKW-Schütze gefasst – DPoIG würdigt länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei

(dbb) Die Festnahme des mutmaßlichen Täters, der seit 2008 auf deutschen Autobahnen über 700 Schüsse auf fahrende LKW abgegeben hat, ist nach Meinung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) ein Beispiel für erfolgreiche Polizeiarbeit.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte am 24. Juni 2013: „Ohne zu übertreiben war die Überführung des mutmaßlichen, geständigen Täters eine kriminalistische Meisterleistung. Mit Beharrlichkeit und kriminologischem Geschick gelang es, den LKW-Schützen aufzuspüren und festzunehmen. Das zeigt auch: Wenn entsprechende Befugnisse, ausreichendes Personal und moderne Technik zur Verfügung stehen, ist polizeiliche Ermittlungsarbeit von Erfolg gekrönt. Überdies ist es ein Beispiel

für eine gut funktionierende länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei unter Koordination des Bundeskriminalamtes.“

Drei Bundesländer - Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern – hatten in den vergangenen Jahren im engen Austausch mit dem BKA gestanden und konnten nun gemeinsam den Fall lösen.
(11/25/13)

Skandalöse Zustände in Schlachthöfen: Mehr Kompetenzen für den Zoll gefordert

(dbb) In der Debatte über den massenhaften Missbrauch von Werkverträgen in Schlachthöfen hat der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft eine Aufnahme der Fleischbranche in das Arbeitnehmerentsendegesetz sowie erweiterte Kontroll- und Ermittlungskompetenzen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) gefordert.

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Schwarzarbeit gegen Unternehmen dieser Branche hatten dazu geführt, dass erneut skandalöse Zustände mit schwarz beschäftigten Leiharbeiterkolonnen aus Osteuropa, die Dumpinglöhne erhalten und unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten, aufgedeckt wurden.

Nach Ansicht des BDZ können diese Zustände nur beendet werden, wenn neben der Erweiterung des Arbeitnehmerentsendegesetzes ein branchenweiter Mindestlohn festgesetzt und für allgemeinverbindlich erklärt wird. Auch müssten strengere Regeln für Werkverträge gelten, damit das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz nicht unterlaufen werden kann. Darüber hinaus sei ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Abschluss entsprechender Werkverträge zwingend.

Bei risikoträchtigen Betrieben wie in der Fleischbranche reichen aus Sicht des BDZ Schwerpunktaktionen und Personenüberprüfungen des Zolls nicht aus. Allein mit konventionellen Betriebsprüfungen werde man den Machenschaften nicht wirksam begegnen können. Die FKS müsse dort unangemeldet mehrfach im Jahr auftauchen und den Einsatz von verdeckten Ermittlern und Observationen zur Aufklärung des kriminellen Dunkelfeldes nutzen. BDZ-Bundesvorsitzender Klaus H. Leprich: „Es handelt sich um ein Dickicht von legalen und illegalen Werkverträgen, mit denen in kriminellen Strukturen ein Vermögen verdient wird und am Ende der Kette eine menschenunwürdige Behandlung und Ausbeutung steht.“ Nur durch wirksame Kontroll- und Ermittlungskompetenzen der FKS könne diesen Arbeitsbedingungen ein Ende bereitet werden. „Dazu muss die FKS aber eine entsprechende Personal- und Sachmittelausstattung erhalten. Auch müssen die Kontrollbehörden ihre Kräfte

dauerhaft bündeln. Verstöße sind mit drastischen Sanktionen bis hin zu einem Berufsver-

bot zu belegen", forderte Leprich.
(12/25/13)

VBE-Warnung: Schuldenbremse schlägt durch auf Schulen

(dbb) Die weiter wachsende Arbeitsverdichtung für alle Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland ist vom Vorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, kritisiert worden.

Aus Anlass des jüngsten OECD-Berichts „Bildung auf einen Blick“ sagte Beckmann am 25. Juni 2013: „Die Lehrgesundheit wird immer mehr zum Spielball der Haushaltskommissare. Innerhalb eines Jahrzehnts wurde die Unterrichtsverpflichtung pro Jahr um insgesamt über 20 Stunden für jede Lehrperson erhöht. Das offenbart den rücksichtslosen Umgang der Arbeitgeber mit der Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer. Die Länder kompensieren den Lehrkräftemangel unvermindert durch die Erhöhung der Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen. Zu den Unterrichtsverpflichtungen von 804 Stunden in der Grundschule, 757 Stunden in der Sekundarstufe I und 715 Stunden in der Sekundarstufe II (Stand 2011)

müssen die pädagogischen Verpflichtungen außerhalb des Unterrichts noch hinzugerechnet werden. Die Kehrseite der starken Arbeitsverdichtung sind die Kürzung der Stundentafel und Unterrichtsausfall.“

Beckmann weiter: „Die Schuldenbremse bremst die Qualität der Schulen bereits aus. Die Länder müssen dringend umsteuern. Für den VBE ist es ein Skandal, dass die Länder diesen Kurs weiterfahren. Die aktuelle Lehrbedarfsrechnung der KMK verschleiert erneut, nach welchen Kriterien die Länder ihren Lehrbedarf bestimmen.“
(13/25/13)

Philologenverband kritisiert „Ferientrickserei“

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat die zunehmenden „Tricksereien“ von Eltern bei Beginn oder Ende von Ferien scharf kritisiert. Im Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 26. Juni 2013) beklagte DPhV-Vorsitzender Heinz-Peter Meidinger das Ausfransen der Ferienränder. Eltern meldeten ihre Kinder einfach ein paar Tage krank, um bei Flugreisen die günstigeren Tarife außerhalb von Ferienzeiten zu ergattern.

Solche Mütter und Väter gäben ein schlechtes Beispiel. „Sie vermitteln ihren Kindern die fatale Botschaft, dass sie sich nicht an Regeln zu halten hätten“, sagte Meidinger. Dies sei unsozial. Zudem werde die Schule als Amtsinstitution infrage gestellt. Die „Ferientrickser“ seien ein echtes Problem. An gewöhnlichen Schultagen seien zwei bis fünf Prozent der Schülerinnen und Schüler krank. „An den Tagen vor und nach den Ferien schnellt die Anzahl auf das Doppelte hoch“, sagte Meidinger. Offenbar nähmen die betroffenen Eltern das drohende Bußgeld nicht ernst, oder sie kalkulierten es dreist mit ein.

Meidinger äußerte sich auch zur Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre. G8 sei kein Erfolgsmodell. Die Politik habe ihr Versprechen nicht wahr gemacht, G8 zu einem solide finanzierten Ganztagsmodell mit einer akzeptablen Mittagsbetreuung auszubauen. Wenn die Politik G8 wolle, müsse sie angemessen investieren, auch wenn Ganztagsangebote 30 Prozent teurer sind als die herkömmliche Schule. Das sei aber nicht geschehen.
(14/25/13)

BDF will mehr Sicherheit im Wald

(dbb) Eindeutige Regeln für die Kontrolle von Waldbeständen hat der Bund Deutscher Forstleute (BDF) gefordert. Anlässlich des 2. Rottenburger Forum Verkehrssicherung an Waldbeständen wies der BDF am 20. Juni 2013 darauf hin, dass meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Forstverwaltungen, -betrieben und -anstalten als Verantwortliche vor Ort allein gelassen werden, da es keine abgestimmten Vorgaben und Regelungen des Arbeitgebers gibt. Darüber hinaus seien die notwendigen Baumkontrollen in der normalen Arbeitszeit kaum zu schaffen. Neues Personal müsse eingestellt werden. Zudem fehle es an qualifizierten Schulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Zum 2. Forum Verkehrssicherung an Waldbeständen hatten sich am 19. Juni an der Hochschule für Forstwirtschaft in Rottenburg Forstleute, Sachverständige, Vertreter der Tourismusbranche, Versicherer und andere Interessierte aus ganz Deutschland getroffen. „Die Mitarbeiter stehen mit Ihrer Verantwortung häufig allein im Wald“, sagte Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF. „Vom Arbeitgeber gibt es kaum eine Richtschnur für Kontrollen an Wegen, Straßen oder Grenzen zu Bepflanzungen. Auch über weitere notwendige

Verkehrssicherungsmaßnahmen innerhalb des Waldes besteht Uneinigkeit. Bei etwaigen Unfällen stehen die Forstleute zusätzlich im Regen. Wir brauchen die Entlastung durch den Dienstherrn. Diese müssen ebenfalls Ihren Anteil der Verantwortung übernehmen.“ Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte 2012 festgestellt, dass die Waldbesitzer für Gefahren im Wald keine besondere Haftung übernehmen müssen. Alle Besucher begeben sich auf eigene Gefahr in den Wald. (15/25/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** hat die Vorteile einer Mitgliedschaft in den dbb-Verbänden hervorgehoben. Im Gespräch mit der Fachzeitschrift des Thüringer Lehrerverbandes „Thüringer Schule“ (Ausgabe vom 25. Juni 2013) verwies Dauderstädt auf den dbb als „eine durchsetzungsstarke Solidargemeinschaft, die für gute und gerechte Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen jener Menschen kämpft, die Tag für Tag und rund um die Uhr dafür sorgen, dass unser Gemeinwesen funktioniert“. Ergänzt werde die dbb-Präsenz durch substanzielle Mehrwerte wie Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen, kostenlosen Rechtsschutz in beruflichen Rechtsstreitigkeiten und Vorteilsangebote der dbb Wirtschaftspartner, darunter die dbb vorteilswelt als kostenloses Bonusprogramm für Mitglieder und deren Angehörige. „Darüber hinaus kümmern wir uns auch um das persönliche Weiterkommen jedes einzelnen Mitglieds – mit dem breitgefächerten Schulungsangebot unserer dbb akademie“, so Dauderstädt.

des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), **Rolf Habermann**, festgestellt: „Für Bayern gilt: Weiter so!“ Tagtäglich leisteten in Bayern rund 300.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst hervorragende Arbeit. Und auch der Freistaat habe, was die Arbeitsbedingungen angeht, den richtigen Weg eingeschlagen. „Der muss auch nach den Wahlen in dieser Form fortgesetzt werden“, verlangte Habermann. Mit dem – bundesweit einmaligen – Neuen Dienstrecht, das seit 2011 gilt, seien die rechtlichen Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft geschaffen worden. Gerade ist es nach einer umfangreichen Evaluation in die nächste Phase getreten. „Der Feinschliff steht an“, so der BBB-Chef. In der kommenden Legislaturperiode müsse es in Einzelbereichen den Anforderungen der Praxis noch besser angepasst werden.

Der Landtag des Saarlandes hat am 26. Juni 2013 auf Antrag der Regierungsfractionen von CDU und SPD in zweiter und dritter Lesung das Besoldungsanpassungsgesetz 2013/2014 beschlossen. Das Gesamtergebnis war am 8. Juni 2013 zwischen Landesregierung und Gewerkschaften ausgehandelt worden, wie der **dbb saar** mitteilte. Es sieht vor: 4,5 Prozent mehr

Zum Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2013 hat der Vorsitzende

für die Jahre 2013 und 2014. Die Tabellen erhöhen sich in 2013 um 2,3 Prozent und 2014 um 1,8 Prozent. Zusätzlich werden jeweils 0,2 Prozent den Versorgungsrücklagen zugeführt, so dass sich die Erhöhungen für die öffentlichen Haushalte des Saarlandes in 2013 mit insgesamt 2,5 Prozent und im Jahr 2014 mit insgesamt 2,0 Prozent auswirken. Die Besoldungserhöhungen gelten auch für die Kommunalbeamten. Die Erhöhung gilt für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 9 ab 1. Mai 2013, A 10 bis A 13 und C1 sowie für Empfänger von Anwärterbezügen ab 1. Juli 2013, für die übrigen Besoldungsgruppen ab 1. September 2013. Diese zeitliche Staffelung wird auch im Jahr 2014 angewendet.

Zu einem ersten Gespräch ist die neue Landesleitung des **dbb berlin** mit dem Staatssekretär Andreas Statzkowski bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zusammen gekommen. Gesprächsthemen waren unter anderem die Möglichkeiten des Shared Services für die Berliner Verwaltung, also die Konsolidierung und Zentralisierung von Dienstleistungsprozessen einer Organisation, wie der dbb berlin am 26. Juni 2013 mitteilte. Dabei habe Staatssekretär Statzkowski versichert, dass es bei dieser Bündelung von Aufgaben (Bearbeitung der Personalvorgänge/-akten beim Landesverwaltungsamt) nicht um die Einrichtung eines Landespersonalverwaltungsamtes gehe. Die Personalaktenverwaltung durch das Landesverwaltungsamt, die sich aus der Sicht der Innenverwaltung sehr bewährt hat, solle weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus wurden Themen wie IT-Verfahren und die Einführung der E-Akte und die Vorbereitung eines E-Government-Gesetzes diskutiert.

Die **VdB** Bundesbankgewerkschaft hat die Bank erneut zu Verhandlungen über eine verbesserte Eingruppierung für Beschäftigte im mittleren Dienst der Geldbearbeitung, für Beauftragte für Video- und DV-Anlagen sowie für Schreibkräfte aufgefordert. Zum Hintergrund wird im VdB Aktuell vom 20. Juni 2013 mitgeteilt, dass sich die Verhandlungen zur Entgeltordnung des Bundes äußerst schwierig und langwierig gestalten und das ursprünglich vorgesehene Inkrafttreten einer neuen Entgeltordnung rückwirkend zum 1. Januar 2013 inzwischen ausgeschlossen werde. Die Bundesbank hatte angekündigt, erst nach Abschluss

einer Entgeltordnung des Bundes mit der VdB Bundesbankgewerkschaft verhandeln zu wollen. Da die Verbesserung der Bewertungsstruktur im Filialbereich im September 2012 auch ohne den Abschluss einer Entgeltordnung erfolgte, habe die Gewerkschaft nun die Bundesbank „zur unverzüglichen Aufnahme von Verhandlungen“ aufgefordert.

Die Einhaltung von Abiturbildungsstandards muss empirisch überprüft werden. Das hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, mit Blick auf die Sitzung der Kultusministerkonferenz am 20. Juni 2013 gefordert, bei der es unter anderem um die Erarbeitung von Aufgabentools für Abiturprüfungen auf der Basis der verabschiedeten Bildungsstandards ging. Alle Schritte, die einer besseren Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen in den verschiedenen Bundesländern dienen, seien zu begrüßen, so Meidinger. „Es ist angesichts der Bedeutung von Hundertstelnoten in Abiturzeugnissen bei der Zulassung zu Studienfächern nicht tragbar, dass das Abitur in den Bundesländern zu unterschiedlichen Preisen zu haben ist. Dabei muss eine Niveauangleichung nach oben das Ziel sein.“ Ob die Bildungsstandards eingehalten werden, müsse durch stichprobenartige Überprüfungen in allen Bundesländern ab 2016 ermittelt werden, weil sonst „das ganze Unternehmen ein Papiertiger bleiben könnte“.
(16/25/13)